

SEEMO-Menschenrechtspreis geht an Publizisten aus Sarajevo

Utl.: Radoncic recherchierte Polizei-Folter in Montenegro, aber auch
Behandlung bosniakischer Flüchtlinge =

Belgrad/Sarajevo (APA) - Der in Sarajevo lebende Journalist und Publizist Seki Radoncic ist der diesjährige Gewinner des Menschenrechtspreises der Südosteuropäischen Medienorganisation (SEEMO), wie die Organisation in einer Aussendung am Montag mitteilte. Radoncic, ein Mitarbeiter der montenegrinischen Tageszeitung "Vijesti", der Zeitschrift "Monitor" sowie der bosnischen Tageszeitung "Dnevni avaz" ist auch Autor mehrerer Bücher, die sich mit Kriegsverbrechen und Polizei-Folter in Montenegro befassen.

In seinem Buch "Verhängnisvolle Freiheit" untersuchte Radoncic das Schicksal bosniakischer (muslimischer) Flüchtlinge in Montenegro zu Beginn des Bosnien-Krieges (1992-1995). Seine Recherchen zeigten, dass 83 Bosniaken, die von den montenegrinischen Behörden entgegen den geltenden Gesetzesbestimmungen an die bosnisch-serbischen Behörden überstellt worden waren, daraufhin getötet wurden. Auf sein Buch stützt sich auch der im Vorjahr gedrehte Film "Karneval" in Regie von Alen Drljevic.

In "Black box", einem weiteren Buch, beschrieb Radoncic gesetzwidrige Aktivitäten der montenegrinischen Polizei zwischen 1992 und 2000. Der Bosniake ist wiederholt mit Morddrohungen konfrontiert worden. Vor seiner Wohnung in Sarajevo explodierte vor drei Jahren eine Bombe. In Montenegro wurde er wegen seiner kritischen Berichte im Jahr 1994 zu einer Haftstrafe verurteilt. Seitdem lebt er in Sarajevo.

Im Vorjahr war der Menschenrechtspreis an den griechischen Journalisten Abdulhalim Dede gegangen, er ist Inhaber einer türkischsprachigen Tageszeitung im zu Griechenland gehörenden West-Thrakien.
(Schluss) oz/cvo/ade

APA0547 2007-11-26/16:48

261648 Nov 07

EFJ fordert Untersuchung über die Lage der Medien in Slowenien

Utl.: Premier Jansa zum Dialog mit den Medien aufgerufen =

Laibach (APA) - Der Europäische Journalistenverband (EFJ) hat angesichts der Berichte über den politischen Druck auf Medien in Slowenien den slowenischen Ministerpräsident Janez Jansa zum Dialog mit den Medien über die Probleme aufgerufen. Er solle die bevorstehende slowenische EU-Ratspräsidentschaft nützen, "um eine Botschaft zu schicken, dass Slowenien bereit ist, für die Pressefreiheit zu kämpfen," hieß es in einer am Donnerstag veröffentlichter Mitteilung.

Ähnlich wie zuvor das Internationale Presse Institut (IPI), die Südosteuropäische Medienorganisation SEEMO und "Reporter ohne Grenzen" hat auch der EFJ die slowenische Regierung aufgerufen, eine unabhängige Untersuchung einzuleiten. Eine Untersuchung der Vorwürfe würde laut EFJ ein positives Signal an die EU, dass die Regierung bereit sei, "Stellung für die Pressefreiheit und Qualitätsjournalismus nicht nur in Slowenien, sondern überall in Europa zu beziehen".

Die Debatte über politisch motivierte Medieneingriffe ist in Slowenien wieder laut geworden, nachdem Jansa Medien beschuldigte, dass deren regierungskritische Berichterstattung die Regierung bei der täglichen Arbeit, vor allem aber bei ihren Vorbereitungen auf den EU-Ratsvorsitz, behindere. Bei der von Jansa angesetzten Vertrauensabstimmung, die er am Montag überstand, kritisierte der Premier, dass die Medien das Erscheinungsbild Sloweniens im Ausland "beschmutzen" würden.

Als ein Paradebeispiel dafür nannte Jansa die von den 571 slowenischen Journalisten unterzeichnete Petition gegen die Einschränkung der Medienfreiheit, die im September an Staatsoberhäupter, Regierungs- und Parlamentschefs sowie zahlreiche Zeitungen und Presseagenturen in allen EU-Ländern geschickt worden war. In der Petition wird die Regierung beschuldigt, über Staatsanteile in den an Medien beteiligten Unternehmen in fast allen bedeutenden slowenischen Medienhäusern die Bestellung von neuen Chefredakteuren und Direktoren durchgesetzt zu haben, die regierungskritische Inhalte zensurieren.

In einem Schreiben an den EFJ wies die slowenische Regierung die Vorwürfe zurück und behauptete, die Oppositionsparteien seien in der Lage, die Medien zu beeinflussen und nicht die Regierung. Der EFJ forderte angesichts der unterschiedlichen Behauptungen eine Untersuchung "über alle Formen politischer Eingriffe in slowenische Medien".

(Schluss) nr/za/sm

APA0638 2007-11-23/17:14

231714 Nov 07

Slowenien: Neue Vorwürfe wegen Eingriffen in Medien

Utl.: Journalistenverband kritisiert Leitung der Nachrichtenagentur -
STA weist Vorwürfe zurück und droht mit Klage =

Laibach (APA) - Die Debatte über Eingriffe in die Redaktionsautonomie der slowenischen Medien sorgt wieder für Schlagzeilen. Der slowenische Journalistenverband beschuldigt die neue Führung der staatlichen Nachrichtenagentur STA, die Autonomie ihrer Redakteure zu untergraben und die Öffentlichkeit nicht mit allen relevanten Informationen zu versorgen. Die Regierung wurde als alleiniger Eigentümer der STA aufgerufen, zu handeln.

Die STA-Leitung wies die Vorwürfe umgehend zurück und zieht den Journalistenverband des "politischen Aktivismus". Eine Verleumdungsklage wurde angedroht. Die Regierung erklärte auf Anfrage der Laibacher Tageszeitung "Dnevnik", ob sie die Vorwürfe untersuchen wolle, dass "nach Versicherung der Agenturführung die Rechte der STA-Redakteure nicht verletzt werden".

Der Journalistenverband kritisiert, dass die nationale Nachrichtenagentur in jüngster Zeit von den bisherigen professionellen Standards abgewichen sei. Die von der Mitte-Rechts-Regierung bestellte neue Leitung - die ehemalige Pressesprecherin von Ministerpräsident Janez Jansa, Alenka Paulin, als Direktorin der STA, und Borut Mesko als Chefredakteur - fälle "umstrittene Redaktions-, Personal- und Verwaltungsentscheidungen", wodurch das Informationsangebot beeinträchtigt werde.

"Die STA-Berichte sind in den vergangenen Monaten von einigen bisherigen Berichterstattungsstandards abgewichen. Das Resultat ist in der Verschiebung der inhaltlichen Akzente sichtbar, vor allem in den innenpolitischen Meldungen", so der Verband. Die Agentur berichte nicht mehr über bestimmte Themen; bereits veröffentlichte Meldungen würden auf der STA-Internetseite nachträglich inhaltlich korrigiert - auch ohne Wissen des Autors und ohne die Kunden darüber speziell zu informieren, wie es bisher gängige Praxis gewesen sei.

Auch den Personalumbau kritisiert der Journalistenverband: Mit Verweis auf die Finanzlage waren im August etliche langjährige Freie Mitarbeiter der Agentur entlassen worden. Doch im Herbst wurden neue Mitarbeiter vor allem im Innenpolitik-Ressort eingestellt, um entlassene Mitarbeiter zu ersetzen.

Die linksgerichtete Wochenzeitung "Mladina" machte auf angebliche, von den Autoren nicht autorisierte Eingriffe mit einem Beispiel aufmerksam: Bei einem im STA-Dienst veröffentlichten Porträt des linken Präsidentschaftskandidaten Danilo Türk wurde der ehemalige slowenische Staatspräsident Milan Kucan nachträglich als "ehemaliger Präsident des Bundes der Kommunisten Sloweniens" bezeichnet. STA-Chefredakteur Mesko argumentierte, man habe einen "unumstrittenen Geschichtsfakt" ergänzt. "Die STA ist ihren professionellen Standards verpflichtet, ganzheitliche Informationen über Ereignisse und Personen (...) zu vermitteln", sagte Mesko. Die Meldung wurde allerdings nach einigen Tagen erneut korrigiert und die Bezeichnung weggelassen.

Die STA-Führung beschuldigte in ihrer Reaktion den Journalistenverband, Lügen zu verbreiten und drohte mit einem Gerichtsverfahren wegen Verleumdung, wenn der Verband nicht Beweise für seine Behauptungen vorlege. Die Kriterien des Journalistenverbandes schienen eher politisch denn professionell motiviert zu sein. Als Beispiel dafür wird der Vorwurf, Direktorin Paulin sei ein ehemaliges Mitglied von Jansas Kabinett, angegeben. Man könne sich nicht an einen ähnlichen Protest erinnern, als ein ehemaliger Beamter der kommunistischen Geheimpolizei zum STA-Direktor bestellt wurde, hieß es. Zu den Vorwürfen über Eingriffe in Meldungen erwiderte die STA-Leitung, dies sei Teil der redaktioneller Arbeit bei allen Medien

und würde die Rechte der Journalisten nicht verletzen. Die Eingriffe seien gerechtfertigt, wenn die Beiträge die "Berichterstattungsstandards nicht erreichen, schlecht geschrieben sind oder nicht die für die Öffentlichkeit relevanten Informationen enthalten".

Auf die Debatte über politisch motivierte Medieneingriffe in Slowenien wird inzwischen auch immer mehr das Ausland aufmerksam. 570 slowenische Journalisten haben bisher eine Petition über "Zensur und politische Eingriffe in slowenische Medien" unterschrieben. Der Besorgnis des Internationalen Presse Instituts (IPI) und der Südosteuropäischen Medienorganisation SEEMO , die beide in Wien ansässig sind, schlossen sich nun auch die "Reporter ohne Grenzen" an. Auch sie riefen dazu auf, eine unabhängige Untersuchung der Vorwürfe einzuleiten.

(Schluss) nr/mri/hf/ar

APA0157 2007-10-28/13:06

281306 Okt 07

Bulgarin erhält Erhard-Busek-Medienpreis für Südosteuropa 2007

Utl.: Dimitrowa engagierte sich mit TV-Sendung im Kampf gegen die Korruption =

Wien (APA) - Die bulgarische Journalistin Milena Dimitrowa erhält den Dr.Erhard-Busek-Preis 2007 der in Wien ansässigen Südosteuropäischen Medienorganisation (SEEMO). Die Auszeichnung steht im Zeichen einer "besseren Verständigung in Südosteuropa". Dimitrowa ist Kommentatorin bei der bulgarischen Tageszeitung "Trud".

Wie SEEMO am Mittwoch weiter mitteilte, engagierte sich Dimitrowa als Moderatorin einer Fernsehsendung in ihrer Heimat auch in der Korruptionsbekämpfung. Die Aufdecker-Reporterin lehrt heute auch an der Universität Sofia. Der vom ehemaligen Vizekanzler, dem EU-Sonderkoordinator für den Südosteuropa-Stabilitätspakt Erhard Busek gesponserte Medienpreis wurde erstmals 2002 vergeben.

Der SEEMO-Preis ist nicht zu verwechseln mit dem von APA und Bank Austria-Creditanstalt (BA-CA) jährlich vergebenen Journalistenpreis "Writing for CEE", bei dem Journalisten aus Südosteuropa gleichfalls zur Teilnahme eingeladen sind. Der diesjährige Preisträger von "Writing for CEE" wird am 14. November in Wien bekanntgegeben.

(Schluss) mri/ak

APA0555 2007-10-17/15:46

171546 Okt 07

IPI besorgt über Lage der Medien in Slowenien

Utl.: Unabhängige Untersuchung über politische Druckausübung durch Regierung gefordert =

Wien (APA) - Das Internationale Presse Institut (IPI) sowie die südosteuropäische Medienorganisation SEEMO zeigen sich "zunehmend besorgt" über Berichte von Druckausübung auf Medien in Slowenien. Demnach übe die Regierung indirekt Druck aus über Unternehmen, die Anteile in Medienhäusern hielten, heißt es in einer Aussendung der beiden Organisationen vom Freitag. IPI-Direktor Johann P. Fritz rief die Regierung auf, eine unabhängige Untersuchung dieser Vorwürfe einzuleiten.

"Ich bin sehr besorgt über das derzeitige slowenische Medienumfeld. Unternehmensbeziehungen und -anteile sollten von der Regierung niemals als Hebel benutzt werden, um unabhängige Medienunternehmen dazu zu bringen, gefällige Artikel zu publizieren", betonte Fritz. Die Regierung solle entsprechende Vorkehrungen treffen um sicherzustellen, "dass die Medien immer außerhalb der Reichweite der Exekutivgewalt sind". Dieses Prinzip dürfe nicht missachtet werden.

SEEMO-Generalsekretär Oliver Vujovic wies darauf hin, dass es ähnliche Druckversuche in anderen Ländern der Region gebe, doch im Fall Sloweniens wäre es besonders schädlich, wenn sich die Berichte als richtig erwiesen. Slowenien übernehme nämlich im Jahr 2008 die EU-Ratspräsidentschaft. "Länder, die die EU-Präsidentschaft übernehmen, sollten mit gutem Beispiel vorangehen und ich bin besorgt, dass auf diese Weise anderen Staaten eine zweideutige Botschaft gegeben wird, wie man die Medienberichterstattung beeinflussen sollte".

IPI und SEEMO liegen Informationen vor, wonach es in mehreren Fällen Druck auf Journalisten gegeben hat, die kritische Artikel über die derzeitige slowenische Mitte-Rechts-Regierung und ihren Regierungschef Janez Jansa geschrieben hätten. Im Frühsommer wurde bekannt, dass vor diesem Hintergrund mehrere angesehene Journalisten die einflussreichste slowenische Tageszeitung "Delo" verließen, darunter die Nahost-Korrespondentin Barbara Surk, der eine Gehaltskürzung aufgezwungen werden sollte. Der Wiener "Delo"-Korrespondent Matija Grah wurde nach einer hitzigen Debatte über seine Berichte im Ortstafel-Konflikt abberufen, das gleiche Schicksal traf den Zagreb-Korrespondenten Rok Kajzer, der über den slowenisch-kroatischen Grenzkonflikt berichtet hatte. Berichte über Pressionen gab es auch von Journalisten der Marburger Tageszeitung "Vecer".

(Schluss) vos/hf

APA0590 2007-08-31/16:53

311653 Aug 07

Chef von Nachrichtenagentur kandidiert für albanisches Parlament

Utl.: Mandat von Staatspräsident Topi ist vakant =

Wien/Tirana (APA) - Der Direktor der staatlich-kontrollierten Albanischen Telegraphenagentur (Agjencia Telegrafike Shqiptare/ATSh) kandidiert für das Parlament in Tirana. Die Demokratische Partei (PD) von Ministerpräsident Sali Berisha nominierte Edi Paloka zu ihrem Kandidaten für den Wahlkreis 31 in der Hauptstadt Tirana, wo am 23. September ein Nachfolger für Bamir Topi (PD) gewählt wird, der im Juli das Parlament dem Gesetz entsprechend verließ, als er das Amt des Staatspräsidenten antrat.

Wie die Tageszeitung "Shekulli" (Online-Ausgabe) weiter berichtete, nahm Paloka am Freitag den Wahlkampf auf. Paloka saß schon einmal für die Demokraten im Parlament und war Parteisprecher. Der Politiker wurde nach dem Wahlsieg von Mitte-Rechts Ende 2005 als Generaldirektor der ATSh installiert.

Er ersetzte nach Informationen der Südosteuropäischen Medienorganisation (SEEMO) seinen Vorgänger, den Journalisten Frrok Cupi, war auf Betreiben Berishas. Davor hatte Paloka in einem anderen Wahlkreis in Tirana gegen einen sozialistischen Konkurrenten verloren.

Laut der albanischen Verfassung darf ein Parlamentsabgeordneter keine Tätigkeit ausüben, die auf Gewinn aus staatlichem Eigentum abzielt. Im Falle Palokas ist dies offenbar nicht der Fall, obwohl die ATSh ihre Finanzmittel aus dem Staatsbudget erhält. In Zweifelsfällen kann das albanische Parlament hier das Verfassungsgericht anrufen.

(Schluss) mri/ed

APA0563 2007-08-24/16:08

241608 Aug 07

Partei blockierte Verkehr in Belgrader Innenstadt

Utl.: Fünfminütige Proteste auch anderswo in Serbien - Nach
Bombenangriff auf Belgrader Journalisten =

Belgrad (APA) - Die Liberaldemokratische Partei (LDP) des ehemaligen serbischen Vizepremiers Cedomir Jovanovic hat am heutigen Montag den Verkehr im Zentrum der Stadt Belgrad für fünf Minuten gestoppt. Ähnliche Proteste "fünf vor zwölf" wurden von der Partei landesweit veranstaltet. Den Anlass lieferte ein Bombenangriff auf die Wohnung des Belgrader Journalisten Dejan Anastasijevic vom Samstag.

Der Redakteur der Zeitschrift "Vreme" hatte während der Kriege der neunziger Jahre in Ex-Jugoslawien Kriegsverbrechen intensiv recherchiert. Zuletzt hatte sich der Redakteur zu einem Urteil geäußert, durch das vier Angehörige einer serbischen Freischärlergruppe vergangene Woche für die Ermordung von sechs Einwohnern von Srebrenica schuldig befunden wurden. Dies war nach Meinung des Chefredakteurs der Zeitschrift, Dragoljub Zarkovic, Auslöser für die Tat.

Der LDP-Protest war nach Angaben von Parteichef Jovanovic gegen die Politik gerichtet, "die Serbien zu einer Gesellschaft werden ließ, in der es nicht wünschenswert ist, frei zu denken, und in der eine Einzelperson wegen ihrer Standpunkte um ihr Leben fürchten" müsse.

Die in Wien ansässige Südosteuropa-Medienorganisation SEEMO hat am Montag an den serbischen Regierungschef Vojislav Kostunica appelliert, alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, damit der Bombenangriff auf Anastasijevic untersucht wird und sich solche Angriffe auf Journalisten nicht mehr wiederholen.

In den letzten 13 Jahren wurden in Serbien drei bekannte Journalisten ermordet. Ihr Tod wurde nie aufgeklärt. "Gerade die Stimmung, in der es keine entsprechende Bestrafung für die Täter gibt, führte zum Versuch, einen weiteren Journalisten zu ermorden", wurde der Belgrader Kriminalistikexperte Dobrivoje Radovanovic am heutigen Montag von Medien zitiert.

(Schluss) oz/ade/ar

APA0329 2007-04-16/13:25

161325 Apr 07